

## Research Project

### B-102 Klimapolitik ohne Standortnachteil

#### **Third-party funded project**

**Project title** B-102 Klimapolitik ohne Standortnachteil

**Principal Investigator(s)** [Krysiak, Frank Christian](#) ;

**Project Members** [Csordàs, Stefan](#) ;

#### **Organisation / Research unit**

Departement Wirtschaftswissenschaften / Umweltökonomie (Krysiak)

Departement Wirtschaftswissenschaften / WWZ Forum

#### **Department**

**Project start** 01.03.2008

**Probable end** 28.02.2009

**Status** Completed

Mit der Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls hat sich die Schweiz verpflichtet, im Zeitraum 2008-2012 den Ausstoss von Treibhausgasen um 8% gemessen am Basisjahr 1990 zu reduzieren. Da freiwillige Massnahmen bisher nicht zum gewünschten Emissionsrückgang geführt haben, wird ab 2008 eine Lenkungsabgabe auf alle fossilen Brennstoffe erhoben.

Befürworter dieser Massnahme argumentieren, dass die Lenkungsabgabe spürbare und langfristige Anreize zur Energieeffizienz und zu Investitionen in erneuerbare Energien setzt, und daher ein geeignetes Instrument zur Erreichung der klimapolitischen Ziele darstellt. Kritiker führen unter anderem eine Benachteiligung der inländischen Industrie gegenüber der internationalen Konkurrenz durch höhere Energiekosten ins Treffen. Da bisher kein Konsens bezüglich einer internationalen Klimapolitik über 2012 hinaus besteht, eine Verschärfung der nationalen Ziele nach 2012 aber wahrscheinlich erscheint, ist davon auszugehen, dass dieses Argument in Zukunft zusätzlich an Gewicht gewinnen wird. Wenn für internationale Konkurrenzunternehmen nicht die gleichen " gelten wie für Schweizer Firmen, so bedeutet dies letztendlich einen Wettbewerbsnachteil auf globalen Märkten und eine Verringerung der Standortattraktivität.

Das vorgeschlagene Projekt hat das Ziel Alternativen der Klimapolitik zu untersuchen, die eine Verschlechterung der Standortbedingungen vermeiden. Diese Alternativen basieren auf zwei Zielvorgaben: Zum einen soll eine vorgegebene Emissionsreduktion erzielt werden, zum anderen sollen die relativen Preise innerhalb der Volkswirtschaft unverändert bleiben. Letzteres gilt insbesondere für die Energiepreise, die für viele Unternehmen erhebliche Kostenrelevanz besitzen.

Auf diese Weise könnten die Verpflichtungen im Sinne des Kyoto-Protokolls erfüllt werden, ohne die internationale Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Unternehmen zu beeinträchtigen. Des Weiteren wäre eine derartige Klimapolitik langfristig tragfähig; gibt es keine Nachfolgeregelung zum Kyoto-Protokoll, so könnte die Schweiz unilateral Emissionsminderungen erzielen, ohne dabei Betriebsabwanderungen in Staaten mit weniger ambitionierten Klimazielen befürchten zu müssen.

Die Projektrealisierung soll in mehreren Schritten erfolgen. Zunächst wird ein gesamtwirtschaftliches Modell entwickelt, in welchem die Zusammenhänge zwischen Klimapolitik, Emissionen, betrieblichen Kosten und Preisen abgebildet werden. In diesem Modell werden die Auswirkungen verschiedener Politikinstrumente (Emissionssteuer, Subventionen, etc.) analysiert, um den Politik-Mix zu identifizieren, welcher die Zielvorgaben zu geringstmöglichen Kosten und (sofern möglich) budgetneutral erreicht. Im nächsten Schritt werden die politischen und ökonomischen Vor- und Nachteile der beschriebenen Klimapolitik dargestellt, wobei insbesondere untersucht wird unter welchen Bedingungen diese

gesamtwirtschaftlich vorteilhaft ist. Abschliessend folgt eine Analyse der einzelwirtschaftlichen Auswirkungen der erarbeiteten klimapolitischen Massnahmen. Hier werden für verschiedene Industriezweige detailliert die branchenspezifischen Effekte dieser Massnahmen analysiert und mit denen einer konventionellen Klimapolitik verglichen.

**Financed by**

Foundations and Associations

**Add publication**

**Add documents**

**Specify cooperation partners**